

ist der Bosch-Geschäftsbereich Verpackungsmaschinen schon seit mehreren Jahren vertreten. Im Jahre 1984 wird das Auftragsvolumen den Angaben zufolge annähernd 10 Mio. DM erreichen.

Einen Know-how- und Lizenzvertrag für die Produktion von Fernsprechapparaten in der Volksrepublik China hat das Frankfurter Unternehmen Telefonbau und Normalzeit (TN) abgeschlossen. Nach TN-Angaben sieht der Vertrag mit der Shanghai Instrumentation and Electronics Import-Export Corp. (SICO) und der chinesischen Telefonfabrik Shanghai Telecommunication Works (STW) zunächst die Herstellung von 250.000 Fernsprechapparaten des TN-Typs 14 sowie die Ausbildung von technischem Personal und technische Unterstützung bei der Fertigungsaufnahme durch TN vor. Nach dem Anlaufen der Lizenzvereinbarungen soll das gesamte derzeitige Fertigungsvolumen von jährlich 400.000 bis 500.000 Apparaten bei STW schrittweise auf den neuen Apparatetyp umgestellt werden. Der Vertragsabschluß wird nach TN-Angaben von beiden Partnern als Grundlage für eine weitergehende künftige Zusammenarbeit angesehen, mit der auch der Einstieg in die Produktion moderner Technologien bei STW eingeleitet werden soll. Die erst in den 60er Jahren gegründete STW gilt als die größte chinesische Telefonfabrik. TN unterstreicht die Bedeutung des Abschlusses mit dem Hinweis, daß die Volksrepublik bei einer Bevölkerung von über einer Milliarde derzeit nur über 5 Millionen Telefonanschlüsse verfüge.

Der MAN Unternehmensbereich Nutzfahrzeuge und China North Industries Corp. (NORINCO), Beijing, haben auf der Grundlage eines Lizenzvertrages eine Zusammenarbeit vereinbart. Für eine Reihe von schweren Frontlenker-Lastwagen in zwei- und dreiachsiger Ausführung erteilt MAN der NORINCO eine Lizenz und unterstützt die Chinesen technisch bei der Montage der Fahrzeuge, teilte das deutsche Unternehmen mit. Mit der Lieferung von Bausätzen wurde begonnen. Bisher wurden Lieferverträge im Wert von 50 Mio. DM abgeschlossen. (NfA, 28.11., 30.11. und 15.11.84) -lou-

*** (24)**
Schwierigkeiten beim Great Wall Hotel-Joint Venture
 Beim Great Wall Hotel-Joint Venture, einem der größten chinesisch-amerikanischen Joint Ventures in der Volksrepublik, sind Schwierigkeiten aufgetreten. Die im Juli 1984 fällige Kreditrückzahlung in Höhe von umgerechnet 80 Mio. Hongkong-Dollar konnte

nicht vollständig geleistet werden. Einige kreditgebende Banken verhandeln in Beijing mit den amerikanischen und chinesischen Eigentümern des Great Wall Hotels, um eine Umschuldung vorzunehmen. Einige Banken haben damit gedroht, aus dem Konsortialkreditverband auszusteigen. Die Bank of China, die durch ihre Londoner Filiale an dem Konsortialkredit teilhat, ist auf der Suche nach einem weiteren Kredit, um die Refinanzierung des ersten Kredits vorzunehmen. Die zweite Kreditrückzahlung ist Anfang Januar 1985 fällig.

Der Kredit für das Joint Venture mit einer Laufzeit von 13 Jahren wurde im Jahre 1981 vereinbart. Das Kreditkonsortium besteht aus 14 Banken. Der Zinsbetrag wurde auf 1% über LIBOR festgelegt. Wie von einem Bankier zu vernehmen war, sind die Schwierigkeiten dadurch entstanden, daß die Einnahmen des Hotels sich nicht wie geplant entwickelten, da sich die Fertigstellung des Hotels verzögert hatte. (AWSJ, 26.11.84) -lou-

*** (25)**
Eisenerzimporte für Baoshan
 Die Volksrepublik wird im nächsten Jahr 1,85 Mio. t Eisenerz für Chinas größten Hochofen importieren, der in weniger als einem Jahr offiziell den Betrieb aufnehmen wird. Der Hochofen, mit einem Volumen von 4.063 cbm, ist Teil des Eisen- und Stahlkomplexes von Baoshan nahe Shanghai, ein 10 Mrd. Yuan-Projekt, das nun im Bau ist. Der Hochofen wird offiziell im September 1985 in Betrieb genommen werden.

Der Staatsrat hat nun der Eröffnung eines Spezialkais zugestimmt, der ausländische Schiffe, die Eisenerz nach Baoshan transportieren, abfertigen soll. Der 10.000-t-Kai, der größte von vier Kais für den Komplex, hat eine jährliche Ladekapazität von 15 Mio. t. (XNA, 16.11.84) -lou-

WIRTSCHAFT
 *
 *
 * * * * *

*** (26)**
Staatsrat erläßt Steuervorschriften
 Der Staatsrat hat eine noch nicht näher bekannte Zahl vorläufiger Durchführungsbestimmungen zu den in den letzten Monaten pauschal genehmigten Steuer- und Zollerleichterungen in den Wirtschafts-sonderzonen und sonstigen zu offenen Städten und Regionen erklarten chinesischen Küstengebieten erlassen. In den Genuß der Vergünsti-

gungen kommen chinesisch-ausländische Gemeinschaftsgründungen und ähnliche Formen gemischter oder exklusiv ausländischer Wirtschaftstätigkeit.

Im Mittelpunkt der offenbar detaillierten Vorschriften steht die "Einkommensteuer" (d.h. die Gewinnbesteuerung von Wirtschaftsunternehmen), die nach der offiziellen Version der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua in den Wirtschafts-sonderzonen und den neuen Entwicklungsgebieten der offenen Küstenstädte für Joint Ventures und ähnliche Unternehmen "um 15%" reduziert werden soll. Da die Gewinnbesteuerung in den genannten Räumen bereits generell auf 15% festgesetzt ist, handelt es sich nach Ansicht chinesischer Interpreten nicht um eine weitere Senkung, sondern um die allgemeine Festsetzung des Satzes für die Gewinnbesteuerung von Wirtschaftsbetrieben auf 15%.

Der Steuertarif von 15% soll auch gelten für technologieintensive Projekte, Großprojekte mit langen Reifezeiten sowie für langfristige Energie-, Kommunikations- und Hafenbauvorhaben in den älteren Bezirken der offenen Städte außerhalb der designierten Entwicklungszonen und im städtischen Raum von Shantou, Zhuhai und Xiamen außerhalb der Wirtschafts-sonderzonen. Die Durchführungsbestimmungen sehen für gewisse langfristige Projekte auf den Gebieten Industrie, Kommunikation, Verkehr, Landwirtschaft und Dienstleistungen in den Wirtschafts-sonderzonen und offenen Küstenstädten außerdem in den ersten ein bis zwei Gewinnjahren völlige Steuerbefreiung und für die folgenden zwei bis drei Jahre Steuerermäßigungen von 50% vor. Für die Insel Hainan gelten entsprechende Regelungen.

Um das steuerliche Gefälle in den betroffenen Gebieten nicht zu groß werden zu lassen, sollen alle wirtschaftlichen Unternehmen in den älteren Stadtteilen außerhalb der begünstigten Entwicklungszonen künftig nur noch mit einem Satz von 80% der bisher gültigen Tarife zur Steuerzahlung herangezogen werden. Die von den in den Wirtschafts-sonderzonen und Entwicklungszonen angesiedelten Firmen durchgeführten Importe von Maschinen und Installationen, Rohmaterial, Baustoffen, Ersatzteilen und gewissen anderen für produktive Zwecke bestimmten Gütern werden von der konsolidierten Industrie- und Handelssteuer befreit. Der Steuerbefreiung unterliegen auch alle von Joint Ventures und anderen Kooperationsbetrieben erzeugten Exportprodukte sowie die innerhalb der Wirtschafts-sonderzonen verkauften Güter. Dagegen sind

alle nach anderen Teilen des Landes verkauften Waren zollpflichtig.

Die ausländischen Joint Venture-Partner können den ihnen (nach Steuern) zustehenden Gewinnanteil steuerfrei ins Ausland überweisen. Dagegen wird eine Abgabe von 10% auf den Transfer von Einkommen aus Royalties, Dividenden, Zinsen und Mieten erhoben. Der entsprechende Satz für die übrigen (außerhalb der privilegierten Zonen) Landesteile liegt bei 20%. Die Bestimmungen über Gewinnsteuerbefreiung bzw. -ermäßigung gelten rückwirkend für das gesamte Jahr 1984, während die entsprechenden Regelungen für die konsolidierte Industrie- und Handelssteuer mit Wirkung vom 1.12.1984 in Kraft treten. (NFA, 27.11.84; XNA, 20.11.84) -lou-

*(27)

Hu Yaobang über die Reform der Wirtschaftsstruktur

Generalsekretär Hu Yaobang rief die Führungskräfte und das Volk zu harter Arbeit auf, um den Erfolg der gegenwärtigen Reform der chinesischen Wirtschaftsstruktur zu gewährleisten. Hu Yaobang erklärte dies während seiner Inspektionsreise durch die ostchinesische Provinz Shandong vom 21.-27. Oktober 1984. Er besuchte Küstenstädte, Dörfer, Häfen, Betriebe und Bauernhäuser. Er erklärte, daß bei der Reform der bestehenden Wirtschaftsordnung neue und komplizierte Probleme entstünden und daß die alten Arbeitsmethoden nicht länger anwendbar seien. Er rief die örtliche Führung auf, hart zu arbeiten und bei ihrer Arbeit und Leitung neue Methoden und Regelungen anzuwenden.

Er unterstrich die Bedeutung der Durchführung der Politik der Öffnung gegenüber dem Ausland und sagte, daß Qingdao - einer der fünf größten Seehäfen Chinas - seine Wirtschaftskontakte mit dem Ausland verstärken solle. "Die Stadt sollte so schnell wie möglich zu einem Zentrum werden, das China mit den fünf Kontinenten verbindet." Qingdao solle außerdem seinen Handel intensivieren und verschiedene Formen des Kontaktes zu anderen Teilen des Landes herstellen. Andere Provinzen würden dann ermutigt, Unternehmen zu errichten, darunter Betriebe, Hotels, Restaurants, oder dort Informationsdienste einzurichten oder mit Qingdao Handel zu treiben.

Durch die Steigerung des Einkommens der Bevölkerung würden nach Hus Worten mehr Touristen auf die Halbinsel Shandong kommen, und die Entwicklung des Tourismus würde

auf der anderen Seite die wirtschaftliche Entwicklung Shandong vorantreiben. Die Wirtschaftspolitik für die die Städte umgebenden Gebiete solle an die Durchführung der Politik der Öffnung angeglichen werden. Die Stadtrandgebiete sollten der Politik der Öffnung, dem Außenhandel, dem Tourismus sowie den Stadtbewohnern dienen.

Die Bauern, auch die Bauern in anderen Provinzen, sollten die Möglichkeit erhalten, in den Städten ihre Dienste anzubieten oder Bauvorhaben zu verwirklichen. Hu unterstrich, daß die Erfahrungen der Provinz Guangdong gezeigt hätten, daß die Erweiterung des Dienstleistungsgewerbes in ziemlich kurzer Zeit eine Ankurbelung ermöglicht habe, da das Dienstleistungsgewerbe geringere Investitionen erfordere und schnellere Einkünfte erbringe.

In allen Betrieben solle sich das Einkommen der Arbeiter nach ihrer wirtschaftlichen Leistung richten. Bei Verbesserung der wirtschaftlichen Leistung sollten die Löhne der Arbeiter steigen, vorausgesetzt, daß die Einnahmen des Staates und die öffentlichen Akkumulationsfonds sichergestellt seien.

Der Generalsekretär hob die Bedeutung der Bildung einer neuen Generation von Kadern hervor. Er verwies auf die Worte von Deng Xiaoping, nach denen dies einen bedeutenden Einfluß auf Chinas Modernisierungsprogramm haben werde. "Wir müssen denjenigen unsere Aufmerksamkeit widmen, die Mut und Einblick haben, die für die Fortführung unserer sozialistischen Wirtschaft geeignet sind und ihre Talente voll zur Entfaltung bringen", erklärte Hu Yaobang. Er erklärte ferner, daß die gegenwärtige Reform darauf abziele, die überkommene Wirtschaftsstruktur abzuschaffen und daß China am sozialistischen Weg festhalten werde. (XNA, 29.10.84) -lou-

*(28)

Investitionssymposiums für die offenen Städte

Am 6.11.1984 wurde in Hongkong ein Symposium eröffnet, auf dem die 14 offenen Städte der Volksrepublik, die 4 Wirtschaftssoonderzonen und die Insel Hainan ihre Investitionsprojekte vorstellten.

Die 150köpfige chinesische Delegation wurde von dem stellvertretenden Außenhandelsminister Wei Yuming geleitet. Bei der Eröffnungsveranstaltung führte Wei aus: "Unsere Anstrengungen in den letzten Jahren haben zu einem relativ stabilen Investitionsklima geführt. China hat eine Serie von wirksamen

und angemessenen politischen Maßnahmen durchgeführt, die eine verlässliche Garantie dafür bieten, daß die Interessen ausländischer Investoren gewahrt werden." Indem er auf die 14 offenen Städte hinwies, erklärte Wei, daß diese Städte als wirtschaftlich fortgeschrittene Gebiete die Erfahrungen und die Kanäle hätten, um Auslandsgeschäfte zu betreiben sowie ein Netzwerk wirtschaftlicher und technologischer Zusammenarbeit mit anderen Gebieten des Landes zu errichten. Deswegen sei die Nutzung ausländischer Fonds und Importe in diesen Städten sehr breit angelegt, und die Laufzeiten der Projekte seien geringer als in anderen Teilen des Landes. Wei sprach auch die Hoffnung aus, daß das Symposium engere wirtschaftliche Bande zwischen Hongkong und anderen Teilen der Volksrepublik schließen werde.

Insgesamt nahmen etwa 1.100 Geschäftsleute aus Hongkong und der ganzen Welt teil. Auf dem Symposium wurde in 19 Diskussionsgruppen über die verschiedensten Projekte zwischen den chinesischen Vertretern und den ausländischen Geschäftsleuten diskutiert.

Wie Wei am Schluß des Symposiums mitteilte, hätten chinesische Agenturen insgesamt 43 Verträge über Joint Ventures abgeschlossen. Die gesamte Investitionssumme betrage 250 Mio. US\$, davon seien die Hälfte ausländische Anteile. Des weiteren seien 149 Verträge über sonstige Kooperationsgeschäfte abgeschlossen worden sowie 249 letters of intent. Die gesamte Investitionssumme in diesen Verträgen betrug 2,2 Mrd. US\$, und die in den letters of intent involvierte Summe belief sich auf 2,5 Mrd. US\$. Der Löwenanteil der Verträge - nämlich 67,5% - wurde mit Unternehmen aus Hongkong geschlossen; es folgten Unternehmen aus Japan, den USA, der Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien. (XNA, 7.11.84; AWSJ, 16.11.84; NZZ, 18.11.84) -lou-

*(29)

Wuhan erhält Wirtschaftsverwaltungsrechte von Provinzrang

Bereits am 23. September 1984 wurde ein Rundschreiben des allgemeinen Büros des Zentralkomitees und des Staatsrates veröffentlicht, demzufolge beide Körperschaften anordnen, daß die Stadt Wuhan Wirtschaftsverwaltungsrechte vom Rang einer Provinz erhält, so daß sie mit dem Pilotprojekt voranschreiten kann, eine umfassende Reform ihres Wirtschaftssystems durchzuführen. Die Behörden der Provinz Hubei sowie verschiedene relevante Ministerien und Kommissionen des Staatsrates werden aufgerufen, Hu-

bei und Wuhan dabei zu helfen, das Projekt der allgemeinen Reform und verschiedener anderer individueller Reformprojekte in Wuhan so schnell wie möglich durchzuführen.

Auf der Grundlage, daß Wuhan weiterhin unter dem Verwaltungssystem und der Jurisdiktion der Provinzregierung bleibt, erhält Wuhan Wirtschaftsverwaltungsrechte von Provinzrang. Unternehmen sollen systematisch unter die Kontrolle von niedrigeren Verwaltungsabteilungen gestellt werden, so daß die Kontrolle der verschiedenen Wirtschaftszweige verstärkt werden kann. Verschiedene andere Regelungen sollen in Kraft treten, darunter beispielsweise eine Neuregelung des Außenhandels. Das Außenwirtschaftssystem soll umstrukturiert werden, so daß die Beziehungen zu anderen Ländern verstärkt werden können. (Xinhua, 10.10.84, zit. nach SWB, 16.10.84) -lou-

*(30)

500 Chemiewerke für die Küstenregionen

Die Volksrepublik China plant im Zeitraum 1985-89 in den 14 Küstenstädten, 4 Wirtschaftssonderzonen und in Hainan mehr als 500 Werke der chemischen Industrie zu errichten. Der größte Teil der Konstruktionspläne und der maschinellen Einrichtungen soll importiert werden. Ausländischen Gesellschaften soll die Genehmigung zum Bau eigener Produktionsstätten erteilt werden. Die ersten Verhandlungen haben bereits begonnen.

Diese Einzelheiten wurden von dem stellvertretenden Minister für die chemische Industrie, Lin Yincai, auf einer Tagung von Vertretern der 14 offenen Städte, der Wirtschafts-sonderzonen und der Insel Hainan in Beijing bekanntgegeben. Falls die Planung verwirklicht werden kann, erhöht sich die Zahl der bereits vorhandenen rund 800 chemischen Fabriken (Produktionswert 1983 mehr als 13 Mrd. Yuan oder 31% der chinesischen Gesamtproduktion) in den genannten Gebieten um mehr als 60%. Nach den Worten des Ministers steht es den bereits ansässigen Betrieben frei, sich am Bau der geplanten Projekte über die Aufnahme ausländischer Kredite oder auf dem Wege verschiedener Kooperationsformen ausländische Partner zu beteiligen, soweit letztere nicht von der Möglichkeit der Gründung eigener Unternehmen Gebrauch machen.

Während der Konferenz verlautete aus Kreisen der Shanghai-Delegation, die Stadt werde der Hochpolymer-Chemie, der Erzeugung von Feinchemikalien und der Biotechnologie Priorität einräumen. Außerdem sei geplant, ausländische Fi-

nanzierung, Ausrüstungen und Technologie für die Modernisierung der 123 bestehenden Fabriken einzusetzen. Tianjin beabsichtigt, den Schwerpunkt der Expansion auf Salzchemie, Feinchemikalien, Qualitätsfarbstoffe und -anstrichfarben zu legen. Die Vertreter aus Qingdao kündigten an, die Erzeugung von Autoreifen, hochfesten Transmissionsriemen und Schuhen mit Gummisohlen steigern zu wollen. Auch soll die Produktion von Anstrichfarben, Farbstoffen und Silica-Gel erhöht werden.

Guangzhou wird nach Angaben ihrer Konferenzteilnehmer in den nächsten 5 Jahren im Zusammenhang mit Bau oder Überholung von 25 chemischen Werken insgesamt 1 Mrd. Yuan in Technologie und maschinellen Ausrüstungen investieren. Vorgesehen ist außerdem die Steigerung der Produktion von Grundchemikalien, z.B. Ätznatron und Salzsäure, sowie Feinchemikalien, einschließlich Klebstoffe und Nahrungsmittelzusätze.

Die als rückwärtige Ölbasis für das südchinesische Meer im Ausbau befindliche Stadt Zhanjiang in Süd-Guangdong plant eine Expansion ihrer Kautschukverarbeitung, einen erhöhten Ausstoß von Essenzen und Riechstoffen sowie den Aufbau einer Kunststoffindustrie auf der Grundlage von Rohöl aus dem südchinesischen Meer. Die Insel Hainan schließlich bereitet sich auf eine umfassende Nutzung der Erdgas- und Kautschukressourcen zur Steigerung der Erzeugung von chemischen Düngemitteln und Emulsionsprodukten vor (NFA, 29.11.84) -lou-

*(31)

Neuer petrochemischer Komplex in Xinjiang

Die Volksrepublik plant, mehr als 400 Mio. Yuan für den Bau von verschiedenen großen petrochemischen Fabriken im südwestlichen Teil des ölreichen Tarim-Beckens in der Autonomen Region Xinjiang auszugeben. Der neue Industriekomplex, der innerhalb von 4 Jahren fertiggestellt sein soll, wird eine Ölraffinerie, eine Kunststofffabrik, eine Flüssiggasfabrik sowie ein Heiz- und Kraftwerk umfassen.

Die neuen Fabriken werden als Rohmaterial Öl und Gas benutzen, beide Materialien sollen von einem Ölfeld kommen, das nun erschlossen wird. Das Kekyar-Ölfeld wurde im Jahre 1977 entdeckt; die sicheren Reserven betragen 30 Mio.t Rohöl und 30 Mrd.cbm Erdgas. Es ist dies das neunte Ölfeld, was seit 1955 in Xinjiang gefunden wurde. Es arbeiten weiterhin 18 Gruppen für seismische Prospektierung im Tarim-Becken. (XNA, 13.10.84) -lou-

*(32)

Parteikomitees sollen sich nicht in Geschäftsführung einmischen

Wie die Volkszeitung am 19.11.1984 forderte, sollten sich die Komitees der Kommunistischen Partei nicht in die Produktion und das Management der Fabriken einmischen. Die Komitees könnten wichtige Prinzipien und politische Maßnahmen betreffs geschäftlicher Unternehmungen diskutieren, sie dürften jedoch keine Entscheidungen treffen, die zum Ziel haben, das, was die Zeitung "einige verworrene und falsche Vorstellungen" über die Beziehungen zwischen Parteikomitees und Fabrikdirektoren nennt, zu klären. Die Macht und Befugnis, Entscheidungen zu treffen, müsse bei den Direktoren liegen, da moderne Unternehmen eine geschlossene und wirksame Führung benötigen, um vernünftig arbeiten zu können. Der Kommentar der Zeitung forderte Arbeiter und Parteifunktionäre auf, sich der Nachteile der Vermischung von Funktionen der Partei und von Regierungsorganisationen bewußt zu werden.

Die Parteikomitees in den Betrieben sollten die Direktoren aktiv bei der Ausübung ihrer Befugnisse hinsichtlich Produktion und Geschäftstätigkeit unterstützen; die Anwendung der Prinzipien der Partei und des Staates garantieren und kontrollieren; die ideologische und organisatorische Arbeit der Partei in Fabriken sowie ihre Führung gegenüber den Gewerkschaften und Organisationen der Kommunistischen Jugendliga verstärken und das System der Versammlungen von Vertretern der Fabrikarbeiter verbessern, um eine demokratische Betriebsführung zu unterstützen. Schon im Mai hatte Ministerpräsident Zhao Ziyang in seinem Bericht an die 2.Tagung des 6.Nationalen Volkskongresses volle Verantwortlichkeit für Betriebsdirektoren gefordert. In staatlichen Betrieben, so sagte er, sollte das System allmählich eingeführt werden. (RMRB, 19.11.84) -lou-

*(33)

Volkszeitung warnt vor Preistreiberei

Die Ankündigung der Wirtschaftsreformen von Oktober 1984 hat zu ersten Resultaten im Bereich des Binnenhandels bzw. des Einzelhandels geführt. Die letzten Preiserhöhungen, die durch den Abbau der Subventionen unvermeidlich geworden sind, haben prompt zu Hortungskäufen geführt. Sparbücher wurden zwecks Flucht in begehrte Sachwerte, wie Kühlschränke, Kleidung und Waschmaschinen, aufgelöst.

Die Volkszeitung richtete eine scharfe Warnung an Preistreiber

und wies sie auf eine mögliche "strenge Bestrafung" hin. In einem Kommentar schrieb das Blatt, die am 20. Oktober beschlossene Liberalisierung in der Wirtschaft sei zum Teil aus "eigennützigen Motiven zu übertriebenen Preiserhöhungen" mißbraucht worden. Ein derartiges "unerträgliches Verhalten" werde durch das Gesetz "streng geahndet" werden.

Gebräuchliche Konsumgüter, wie Eier, Milchprodukte oder Textilien, sind seit dem 1. Oktober im Staatshandel schon um rund 3% teurer geworden. Auf dem privaten freien Markt wurden sogar Preisanstiege von 30 bis 50% festgestellt, die allerdings teilweise saisonbedingt waren. (FAZ, 27.11.84; Ostinformationen, 12.11.84) -lou-

*(34)

Ein Fall von illegaler Profitmacherei in Beijing

Die Preiskontrollabteilung der Stadt Beijing untersuchte kürzlich einen Fall, in den mehr als 20 Organisationen, darunter Abteilungen der Yilai-Industriegesellschaft und der Duoli-Gesellschaft für wissenschaftliche und technische Güter, verwickelt waren. Es handelte sich um Verstöße gegen die Preispolitik der Partei und um Spekulationsgeschäfte. Die Preiskontrollabteilung belegte die Profiteure mit wirtschaftlichen Sanktionen.

Am 22. September 1984 hatte die Yilai-Industriegesellschaft 605 Farbfernsehgeräte von einer Beijinger Fernsehfabrik zu Großhandelspreisen gekauft. 405 Geräte der Marke Peony wurden zu 1.255,5 Yuan pro Gerät und 200 Telefonen-Geräte wurden zu 1.581 Yuan pro Gerät gekauft. Die Handelsabteilung der Gesellschaft verkaufte 185 Geräte an Konsumenten zu Einzelhandelspreisen, behielt 35 Geräte auf dem Lager und verkaufte die verbleibenden 385 Geräte an andere Firmen weiter, darunter an die Duoli-Gesellschaft sowie die Zhonghai-Industrie- und Wirtschaftsentwicklungs-Gesellschaft, und zwar entweder zu den staatlich genehmigten Einzelhandelspreisen oder mit einem Aufschlag von 10%. Diese Firmen machten dann Gewinne, indem sie die Waren an andere Firmen zu noch höheren Preisen verkauften.

In der Stadt Beijing allein waren 29 Organisationen an dem Weiterverkauf der Geräte beteiligt; manche der Geräte wechselten sechsmal den Besitzer. Schließlich wurde das Telefonen-Gerät an Kunden zu 2.380 Yuan verkauft, 680 Yuan mehr als der staatlich genehmigte Einzelhandelspreis. Die anderen Gerä-

te wurden für 1.600 Yuan pro Stück verkauft, also 250 Yuan mehr als der staatliche Preis.

Der Sekretär des städtischen Parteikomitees wies das städtische Preiskontrollamt an, diesen Fall streng zu behandeln. Das Preiskontrollamt konfiszierte die illegal erzielten Einkommen und verhängte für die Hauptübeltäter Strafmandate. (Xinhua, 27.10.84, zit. nach SWB, 30.10.84) -lou-

*(35)

Lokale Kohlezechen produzieren mehr

Nach Angaben einer Gesellschaft, die dem Kohleministerium untersteht, werden die lokalen Kohlezechen in diesem Jahre rund 370 Mio.t Kohle produzieren, das sind ca. 49% der gesamten nationalen Kohleproduktion. Dies würde einen Anstieg von 11,2% gegenüber dem Vorjahr bedeuten.

China hat nun mehr als 48.000 lokale Kohlezechen, die in mehr als 1.200 Kreisen verstreut sind. Während die großen Kohlezechen dem Ministerium für die Kohleindustrie unterstehen, werden die lokalen Zechen von lokalen Regierungen, Kollektiven oder sogar von Individuen betrieben. Die schnelle Entwicklung der lokalen Kohlezechen ist das Ergebnis der Durchführung der Politik, gleichzeitig die Entwicklung großer, mittlerer und kleiner Zechen durch den Staat, die Kollektive oder Individuen zu ermutigen. Ein Teil der Kohle wird auf dem Markt zu ausgehandelten Preisen abgesetzt. Der Staat wies einen Teil der Kohlereserven den lokalen Behörden zu und lockerte die Vorschriften über das Verwaltungssystem, die Versorgung von Zechenausrüstungen, Preise und Arbeitsverwaltung.

In diesem Jahr stellte der Staat 470 Mio.Yuan zur Verfügung und beschaffte Kredite in Höhe von 400 Mio.Yuan für die Entwicklung der lokalen Kohlezechen. Verschiedene lokale Einheiten brachten 800 Mio.Yuan auf, so daß die gesamten Investitionen in den lokalen Zechen sich auf 1,6 Mrd.Yuan in diesem Jahr beliefen. Mit Hilfe dieser Summen wurden mehr als 1.400 Aufbauprojekte begonnen, darunter die Abteufung neuer Schächte, die Verbesserung älterer Zechen und der Bau von Eisenbahnen für den Kohletransport. Die neugebauten und verbesserten Kohlezechen vergrößerten die jährliche Produktionskapazität um mehr als 80 Mio.t. Um die Entwicklung der lokalen Zechen zu ermutigen, hatte der Staat auch dabei geholfen, einen Teil der Kohle durch die Eisenbahn, auf dem Wasserwege oder auf den Straßen zu transportieren

sowie Ausbildungskurse für Techniker und Zechendirektoren über sichere Produktionsmethoden zu betreiben. (XNA, 26.11.84) -lou-

*(36)

Bauern kaufen Anteile an den Kooperativen

Wie auf einer nationalen Konferenz über die Reform der Kooperativen in Hangzhou mitgeteilt wurde, betrogen die Anteile bzw. Investitionssummen, die von Bauern bei den Versorgungs- und Vermarktungskooperativen gezeichnet worden sind, per Ende Oktober 1984 1,35 Mrd.Yuan, das war das Doppelte der Summe aus dem Jahre 1983. Insgesamt besitzen 90% der 180 Millionen chinesischen Bauernhaushalte Anteile an den Kooperativen. In der Volksrepublik gibt es insgesamt 35.000 Versorgungs- und Vermarktungskooperativen in den Dörfern und kleinen Städten, die mit Fertigerzeugnissen handeln und Farmprodukte aufkaufen. Die Bauern begannen Anfang 1982 damit, wieder Anteile zu kaufen, nachdem das Kollektiveigentum für die Kooperativen wieder zugelassen worden war.

Die neue Praxis zielt darauf, die ländliche Wirtschaft durch die Verwendung von bäuerlichen Fonds zu beleben. Beispielsweise betreiben die Kooperativen in der Provinz Zhejiang 1.200 Industriebetriebe, die einen gesamten Bruttoproduktionswert pro Jahr von mehr als 600 Mio.Yuan haben. (XNA, 16.11.84) -lou-

*(37)

Über die Produktion von Meeresfrüchten

Die Volksrepublik erntete im Jahre 1983 2,5 Millionen Meeresfrüchte, das bedeutet gegenüber 1979 einen Anstieg von 50%. Es stehen nun 220.000 ha Flach- und Küstengewässer für den Anbau von Meeresfrüchten zur Verfügung. 1979 waren es nur 116.700 ha. Auch die Anzahl der kultivierten Arten stieg von etwa einem Dutzend auf mehr als 30 in der genannten Periode. Flache Gewässer sind vertraglich an Individuen verpachtet worden, und jetzt haben sich über 134.000 Haushalte auf Mari-Kultur spezialisiert, entweder individuell oder in Zusammenschlüssen.

Im Gelben Meer sind künstliche Riffe errichtet worden, um die Fischbestände dort zu schützen. Kürzlich wurden 340 Betonriffe in einem Gebiet von 600 Quadratsee-meilen in den Fischgründen nahe der Mündungsgebiete des Yalu-Flusses ausgebracht. Diese künstlichen Riffe, mit einem Volumen von 6,75 cbm und einem Gewicht von 1,7 t, halten Schiffe fern und

schützen die jungen Fische vor Verfolgung. (XNA, 29.10. und 6.11.84) -lou-

HONGKONG UND MACAU

*
*
* * * * *

Hongkongs Außenhandel blühte in den ersten drei Quartalen 1984

In den ersten neun Monaten 1984 ist das Gesamtvolumen des Außenhandels gegenüber dem Vergleichszeitraum des vorigen Jahres um 39% auf 323.542 Mio. HK\$ (7,80 HK\$=1US\$) gestiegen. Während die Importe mit einer Zunahme von 33,8% auf 163.072 Mio. HK\$ kletterten, beliefen sich die Exporte mit einer Zunahme von 44,2% auf 160.470 Mio. HK\$, wovon 101.888 Mio. HK\$ auf direkte Ausfuhren von in Hongkong hergestellten Produkten (plus 40,3%) und 58.582 Mio. HK\$ auf Reexporte eingeführter Güter (plus 51,7%) entfielen. Damit ist das Defizit der britischen Kolonie drastisch von 10.619 Mio. HK\$ (Vergleichszeitraum) auf 2.602 Mio. gesunken. Nach den Worten eines Regierungssprechers war September der dritte ununterbrochene Monat mit einem Exportüberschuß, und der Zeitraum Juli-September war das erste Quartal mit einem Exportüberschuß seit sieben Jahren (Hong Kong Trader, Hongkong, Nov. 1984).

Im Hinblick auf die einzelnen Handelspartner Hongkongs hat der Warenaustausch mit der VR China im genannten Berichtszeitraum (Jan.-Sept.) nach wie vor das höchste Wachstum: Direkte Exporte nach China stiegen um 80%, Reexporte nach China um 129% und Importe aus China um 42%. Die VR China ist inzwischen, nach den USA, zum zweitgrößten Handelspartner geworden. Hongkongs Direktexporte nach den USA sind in dem gleichen Zeitraum um 52% auf 46,16 Mrd. HK\$, die Reexporte um 61% auf 8,82 Mrd. HK\$ und die Importe aus den USA um 27% auf 17,49 Mrd. HK\$ gestiegen. Auch gegenüber anderen wichtigen Handelspartnern wie Japan und Australien haben die Exporte und Importe enorm nach oben gezogen.

Von den Waren her gesehen belief sich in den ersten neun Monaten der Betrag der Exporte von elektrischen Maschinen und Geräten auf 8,63 Mrd. HK\$ (plus 52%), von Kommunikations- und Unterhaltungsgeräten auf 8,01 Mrd. HK\$ (plus 41%) und von Bekleidungen auf 34,65 Mrd. HK\$ (plus 44%). Bei den Reexporten sind Maschinen und Geräte um 85% auf 6,03 Mrd. HK\$, die Kommunikations- und Unterhaltungsgeräte um 75% auf 2,57 Mrd. HK\$ und Bekleidung um 47% auf 4,69 Mrd.

HK\$ gestiegen. Bei den Importwaren hatten verarbeitete Waren und Rohstoffe mit 47,76 Mrd. HK\$ einen Zuwachs von 40% sowie Maschinen und Transporteinrichtungen mit 40,54 Mrd. eine Steigerungsrate von 47% (AWSJ, 12.11.84). -ni-

Macau bleibt eine "Frage ohne Frage"

Der chinesische Außenminister Wu Xueqian, der Staatspräsident Li Xiannian beim Besuch in Portugal begleitete, hat sich am 17. November in Lissabon in einem Interview mit Reportern aus Hongkong und Macau zur Frage der portugiesischen Kolonie Macau geäußert. Er betonte, daß Macau seit alters her zu China gehöre. Zwar bezeichnete er es als eine "von der Geschichte hinterlassene und noch nicht gelöste Frage", aber er glaube daran, daß die zwei Regierungen von China und Portugal durch freundliche Verhandlungen eine entsprechende Lösung finden könnten. Er wies darauf hin, daß die portugiesische Regierung bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit China im Jahre 1979 eine deutliche Erklärung dazu abgegeben habe. Zu der Frage der Journalisten über den Zeitpunkt für die Lösung des Problems wiederholte er die chinesische Version, daß die Frage "früher oder später" friedlich gelöst werde, "wenn die Zeit reif ist" (XNA, 19.11.84).

Macau, so ist man überzeugt, wird sicher nicht vor Hongkong von China zurückgenommen werden. Denn es läßt sich erkennen, daß Beijing Macau mit dessen Status quo, d.h. "chinesisches Territorium unter portugiesischer Verwaltung", für einige Zeit als ein gewisses Beruhigungsmittel für Hongkong nach dessen Rückkehr an China 1997 aufrechterhalten möchte (vgl. C.a., Juni 1984, S.321, Ü 46).

Andererseits soll Hongkong als ein Modell für die Lösung der Frage von Macau dienen. Beim Empfang für Li Xiannian begrüßte der portugiesische Staatspräsident Antonio Ramalho Eanes die sino-britische Vereinbarung über die Lösung der Hongkong-Frage (DGB, 19.11.84). -ni-

TAIWAN

*
*
* * * * *

Zollsenkungen für über 1.000 Warenpositionen

Am 22. November hat der Exekutiv Yuan (die Regierung) in Taipeh (Taipei) einen Entwurf neuer Zoll-

tarif-Bestimmungen beschlossen, wonach Importe von 1.058 Warenpositionen durch Zollsenkungen erleichtert werden sollen. Sollte der Gesetzgebung Yuan (Parlament) die vom Kabinett vorgeschlagene Gesetzesnovellierung verabschieden, wird die höchste Zolltarifgrenze ab 1985 statt bei 100 bei 75% liegen. Im Durchschnitt werden die nominellen Zolltarife der ersten Kategorie von 35,95 auf 31,89% und die der zweiten Kategorie von 30,81 auf 26,31% gesenkt. Die realen Tarife sinken durchschnittlich von 7,67 auf 6,79% (ZYRB, 23.11.84).

Die in Aussicht stehende allgemeine Zollsenkung ist die Folge von Verhandlungen zwischen den offiziellen Verbindungsbüros von Taiwan und den USA. Denn in den letzten Jahren ist Taiwans Exportüberschuß im Handel mit den USA ständig und drastisch gestiegen: 1983 betrug er über 9 Mrd. US\$ und 1984 wird eine Rekordhöhe von über 11 Mrd. US\$ erwartet. Um das große Defizit abzubauen, setzten die Amerikaner Taiwan immer mehr unter Druck, den taiwanesischen Markt zu öffnen. Von den Zollermäßigungen betroffen sind Importwaren wie z.B. Kosmetika, Tabakwaren, Alkoholgetränke, Süßwaren, Meeresprodukte, Juwelen und andere Konsumgüter. Die Zollermäßigung bzw. -befreiung für Rohstoffe, Ersatzteile und Halbprodukte wird erweitert und die Zollabschreibung für Reexporte von verarbeiteten Produkten aufgehoben. Hier handelt es sich hauptsächlich um Leder und Lederwaren, Holz und Holzprodukte, Papierbrei, Papier und Pappwaren, Ersatzteile und Zubehör von Fahrrädern usw.. Für solche Waren wie Schuhe, Sportartikel, Teppiche, Fußbodenplatten, Hand- und Reisetaschen, die Taiwan in großen Mengen exportieren kann, sollen laut Gesetzesnovelle in Zukunft niedrigere Zölle festgelegt werden, die Tarife z.B. für Baumwollstoffe werden von 86 auf 40%, für Bekleidung von 100 auf 60% herabgesetzt. Dazu werden 35% Warenpositionen einschließlich Waffen von der Zollpflicht befreit, allerdings stehen die Importe dieser Waren unter strenger Kontrolle (LHB, 21.10 und 23.11.84).

Darüber hinaus ist noch vorgesehen, die Zolltarif-Differenz zwischen Rohstoffen und Halbprodukten zu verkleinern sowie den Preisaufschlag zum CIF-Wert aufzuheben. Durch die neuen Zollbestimmungen werden sich die Regierungseinnahmen Taiwans jährlich um 4 Mrd. NT\$ (40 NT\$ = 1 US\$) verringern (CP, 23.11.84). Zur Zeit haben die Zolleinnahmen einen Anteil von 16,23% am Steueraufkommen der Regierung. Um die Staatskasse nicht umzustürzen, soll die Zoll-